



ELER Zahlungsantrag / Verwendungsnachweis für ELER - Fördermaßnahmen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Empfänger (zuständige Behörde)

Posteingangsstempel
Anzahl Anlagen
Eingang im PEB registriert
<input type="checkbox"/> 510 (Zahlungsantrag) <input type="checkbox"/> 514 (VWN)

Antragsteller/in

EU-Betriebsnummer (BNR-ZD, 12stellig)	
Name, Vorname	
Betriebsbezeichnung	
Ort	

Antragstellerstammdaten	Der Stammdatenbogen ist im Kalenderjahr nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER einzureichen.
<input type="checkbox"/> Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.	
<input type="checkbox"/> Ich/Wir haben den aktuell gültigen Stammdatenbogen bereits eingereicht.	

Richtlinienbezeichnung	RELE 2014-2020, Teil D
Förderprogramm	<input type="checkbox"/> Dorfentwicklung <input type="checkbox"/> touristische Infrastruktur
Aktenzeichen	
Kurzbezeichnung des Vorhabens	
Zuwendungsbescheid	vom
bewilligte Zuwendung	Euro

Zahlungsantrag ELER

Nr. des Zahlungsantrages _____

Ich/Wir beantrage/n die Auszahlung der Zuwendung als

- Teilbetrag für fertiggestellte abrechenbare Teile des Vorhabens,
 Schlusszahlungsbetrag, da das Vorhaben vollständig abgeschlossen ist,

auf Grundlage der in der Anlage „Rechnungsblatt“ erfassten Rechnungen und der von mir/uns darin als förderfähig gekennzeichneten Ausgaben.

Die Anlage „Rechnungsblatt“ wird eingereicht

in Papierform _____
Anzahl Seiten

in elektronischer Form _____
Dateiname

Hinweise:

Für die Anforderung der Zuwendung ist als Anlage das Formular „Rechnungsblatt“ zu verwenden. Das Rechnungsblatt kann in Papierform oder elektronisch eingereicht werden. Die „Hinweise zum Erstellen von Rechnungsdaten zum Zahlungsantrag (ELER) für den Import in das EDV-System der Bewilligungsbehörde“ sind zu beachten. Die Unterlagen erhalten Sie in der Bewilligungsbehörde, außerdem sind die Dateien im Internetportal Elektronischer Agrarantrag in Sachsen-Anhalt (ELAISA) unter www.elaisa.sachsen-anhalt.de Stichwort Investitionsförderung ländlicher Raum/Formulare/Informationen hinterlegt.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, den Zahlungsantrag im Online-Verfahren einzureichen. Ebenfalls im o. a. Internetportal ELAISA unter dem Stichwort Investitionsförderung im ländlichen Raum/Elektronischer Zahlungsantrag kann nach erfolgter Registrierung am Onlineverfahren zum Einreichen eines Zahlungsantrags teilgenommen werden. Bei diesem Verfahren sind der Bewilligungsbehörde ein unterzeichneter Datenträgerbegleitschein und die originalen Rechnungen und Zahlungsnachweise zu übersenden.

Mit dem geförderten Vorhaben wurde am _____ begonnen.
TT.MM.JJJJ

Hinweise:

Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.

Durch das Vorhaben werden Nettoeinnahmen nach Art. 61 Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 (ABL. L Nr. 347 S. 320) erwirtschaftet.

- nein ja wenn ja während der Vorhabensdurchführung
 nach der Vorhabensdurchführung

Hinweise:

Nettoeinnahmen bedeuten Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter. Im Rahmen des Vorhabens erwirtschaftete Einsparungen bei den Betriebskosten werden als Nettoeinnahmen behandelt, es sei denn, sie werden durch eine entsprechende Kürzung der Betriebsbeihilfen ausgeglichen.

Erklärungen

- Mir/Uns ist bekannt, dass
- die Zahlungen durch die Bewilligungsbehörde auf Grundlage der durch Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen ermittelten förderfähigen Beträge berechnet werden,
 - eine Differenz von > 10 % zwischen den von mir/uns angegebenen förderfähigen Beträgen und den von der Bewilligungsbehörde als förderfähig ermittelten Beträgen zu einer Verwaltungssanktion (Verwaltungsstrafe) gemäß Art. 63 Verordnung (EU) Nr. 809/2014¹⁾ (ABl. L 227 S. 69) führt,
 - Verstöße gegen Zuwendungsvoraussetzungen, Verpflichtungen und Auflagen zu einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung der Förderung nach Art. 35 Verordnung (EU) Nr. 640/2014¹⁾ (ABl. L 181 S. 48) führen können,
 - Beträge, die aufgrund von Kürzungen und Verwaltungssanktionen nicht ausgezahlt werden, gemäß Art. 56 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013¹⁾ (ABl. L 347 S. 549) für das Vorhaben nicht mehr zu Verfügung stehen,
 - die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann.

Anlagen

- Rechnungen und Zahlungsnachweise im Original
- Formular „Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ des zuständigen Finanzamtes
- Förderung ländlicher Raum - Rechnungsblatt
- Kopie Bauabnahmeprotokoll
- Foto von Erläuterungstafel/ Poster
- Bildschirmausdruck der eigenen Website mit Information über das geförderte Vorhaben
- Vergabeunterlagen im Original (sofern noch nicht eingereicht)

a) bei öffentlichen Auftragsvergaben

- Bekanntmachung (Veröffentlichung im e-Vergabe-Portal, ggf. EU-Amtsblatt, sonstiges)
- Vergabeunterlagen bestehend aus dem Anschreiben, den Bewerbungsbedingungen, den Vertragsunterlagen
- Dokumentation des Antragstellers (fortlaufend und zeitnah, siehe Musterdokumentationen Merkblatt)
- Protokoll über die Angebotsöffnung einschließlich Bieterlisten
- Angebote/Nebenangebote aller Bieter
- Formblätter und Eigenerklärungen gemäß LVG LSA und Verordnung Formularwesen²⁾
- Dokumentation einschließlich der Prüfung und Wertung der Angebote sowie Vergabevorschlag
- Absageschreiben an die unterlegenen Bieter
- Auftragserteilung/Vertrag
- Losweise Auflistung der Vergaben
- Bieterfragen und Antworten
- Ggf. eingegangene Rügen
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister bei Aufträgen ab 30.000 € (Nachweis nach § 19 MiLoG³⁾ des beauftragten Bieters
- Beschluss des zuständigen beschließenden Organs zur Auftragsvergabe/Entscheidung der zuständigen Stelle über die Vergabeentscheidung

¹⁾ in der jeweils geltenden Fassung

²⁾ Verordnung über die Anwendung des Formularwesens bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge vom 30.04.2013, GVBl. LSA 2013, S. 190

³⁾ Mindestlohngesetz

- Begründung für Abweichung vom Regelverfahren
- Vertragsänderungen/Sonderleistungen einschließlich Begründung im Zuge der Ausführungsphase
- Erklärung Interessenkonflikte von jedem, der an einer beliebigen Phase des Vergabeverfahrens beteiligt war⁴⁾
- Sonstiges: _____

b) Einholung von Mindestangeboten (öffentliche Auftraggeber)

- Aufgabenstellung/Leistungsbeschreibung
- Aufforderung zur Angebotsabgabe an die potentiellen Anbieter
- Alle Angebote/Preisvergleich von mindestens 3 Anbietern oder 1 Angebot bei vorgeschaltetem Auswahlverfahren
- Bei vorgeschaltetem Auswahlverfahren entsprechende Unterlagen/Nachweise (z.B. Bieterliste/Rotationsliste, Dokumentation des Verfahrens)
- Dokumentation (fortlaufend und zeitnah) einschließlich Vergabevorschlag
- Beschluss zur Vergabe/Mitzeichnung
- Absageschreiben an unterlegene Bieter, sofern gesetzlich vorgesehen (beachte LVG)
- Zuschlagsschreiben/Auftragserteilung
- Erklärung Interessenkonflikte von jedem, der an einer beliebigen Phase des Vergabeverfahrens beteiligt war⁴⁾

c) Bei Direktkauf (öffentliche Auftraggeber)

- Marktrecherche/Preisvergleich von mindestens 3 Anbietern

d) bei privaten Antragstellern⁵⁾

- Mindestens 3 vergleichbare und zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe gültige Angebote für jedes Los
- Bei Direktkauf (wenn zugelassen): Marktrecherche/Preisvergleich von 3 Anbietern
- Vergabevermerk⁶⁾
- Begründung bei Abweichung vom Regelfall

Auf das „Merkblatt Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER/EGFL-Förderprojekten“ wird hingewiesen.

- _____
- _____
- _____
- _____
- _____
- _____

⁴⁾ Interessenkonflikterklärung ist einmalig für das Vorhaben abzugeben

⁵⁾ sofern kein öffentliches Vergabeverfahren durchgeführt werden muss

⁶⁾ z.B. anhand des Musters Anlage 2 (Vergabevermerk für Private) im Merkblatt Vergabe

Verwendungsnachweis (im letzten Zahlungsantrag auszufüllen)

Ich/Wir weise/n mit diesem Formular den Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Zuwendung nach.

Der Zuwendungszweck wurde erreicht.

Das geförderte Vorhaben wurde

wie beantragt durchgeführt.

mit folgenden Änderungen durchgeführt.

Die Zuwendung wurde in voller Höhe benötigt.

Wirkung des Vorhabens (im letzten Zahlungsantrag ausfüllen)

Nach Abschluss des Vorhabens wurden Arbeitsplätze geschaffen:

nein ja Anzahl _____ davon männlich _____

davon weiblich _____

Bestätigung

Die vorgenannten Angaben stimmen mit dem Zuwendungsbescheid, den Büchern und Belegen überein bzw. die Bewilligungsbehörde wurde über Abweichungen informiert.

Die Ausgaben waren notwendig. Es ist wirtschaftlich und sparsam verfahren worden.

Ort, Datum

Name der/s Unterzeichnenden in Druckschrift

Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten